

## Protokoll

### 3. öffentliche Sitzung des Ausschusses Klima und Mobilität vom 13.06.2022, Gemeinschaftshaus Wustrow, Fehlstr. 35, 29462 Wustrow (W.)

#### Tagesordnung:

Vorlage-Nr.

#### Öffentlicher Teil

- . Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
1. Genehmigung des Protokolls der 2. Ausschusssitzung vom 28.02.2022
2. Einwohnerfragestunde
3. Mitgliedschaft des Landkreises Lüchow-Dannenberg in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e.V. (AGFK) 2022/239
4. Radverkehrsaktionen: Mehr Schüler:innen auf das Rad (mündlicher Bericht FD 60 und FD 36)
5. Vorstellung des Radverkehrsvorhabens "Neue Wege für neue Räder" (mündlicher Bericht)
6. Antrag auf Beteiligung an den Reparaturkosten für die Schnackenburg Fährre „Ilka“ – Antrag der Samtgemeinde Gartow 2022/245
7. Sachstand und weiteres Vorgehen ÖPNV-Modellprojekt Clever MoWe (Präsentation: Vorstellung durch Diana Krüger, Projektleiterin ÖPNV-Modellprojekt)
8. Erstellung eines Elektromobilitätskonzepts für den Landkreis Lüchow-Dannenberg (mdl. Bericht)
9. NKI-Förderung für die Einführung eines kommunalen Energiemanagements 2022/242
10. Beschlussempfehlung über die Leistungsbeschreibung für die Verhandlungsvergabe: Beratungsdienstleistung Zukunftsentwicklungskonzept (Los1) und Beratungsdienstleistung Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes (Los2) für den Landkreis Lüchow-Dannenberg 2022/228
11. Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 03.04.22: Bau eines Fahrradweges an der Landesstraße L 261 zwischen Spithal und Kassau 2022/195
12. Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Lüchow-Dannenberg vom 21.04.2022: Ausbau der PV-Anlagen auf kreiseigenen Dächern und Flächen beschleunigen 2022/215
13. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 24.05.2022: Förderprogramm Steckersolargeräte 2022/237
14. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen
- 14.1. Verwendung und Überblick der Restmittel für verkehrssichernde Maßnahmen 2022/229
- 14.2. Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zum kommunalen Mobilitätsmanagement (mündlicher Bericht)
- 14.3. Sachstandsbericht Schülerverkehr im Landkreis Uelzen zur KGS Clenze (mündlicher Bericht)
- 14.4. Sachstandsbericht Fahren in Lüchow-Dannenberg (mündlicher Bericht)
- 14.5. Einführung eines Willkommenstickets für Geflüchtete 2022/190
- 14.6. Einführung des deutschlandweiten 9-Euro-Tickets für drei Monate (mündlicher Bericht)
- 14.7. Erstellung eines Gutachtens zur Integration des Landkreises Lüchow-Dannenberg in den HVV-Tarif 2022/176
- 14.8. Überörtliche Prüfung durch den Landesrechnungshof gem. §§ 1 bis 4 NKPG; Mobilität im ländlichen Raum - Flexible Bedienformen im ÖPNV 2022/244
- 14.9. Einführung eines Radleasings für tariflich Beschäftigte des Landkreises Lüchow-Dannenberg 2022/243
- 14.10. Ergebnisse des Stadtradelns 2022 (mündlicher Bericht)
- 14.11. Mitteilung Auftragsvergabe Lieferung Bitumenemulsion 2022/218
- 14.12. Anfrage der SPD-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 01.06.2022: Auszahlung der Corona-Prämie an Beschäftigte der LSE 2022/246

#### Nicht öffentlicher Teil

15. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung
16. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen

#### Anwesend:

KTA Beckmann, Uwe

KTA Fricke, Christine  
KTA Tzscheuschler, Joachim  
KTA Walter, Guido stellv. Vorsitzender  
KTA Zieker, Julia  
KTA Allgayer-Reetze, Patricia  
KTA Hensel, Thorsten  
beratendes Mitglied Busse, Michel  
beratendes Mitglied Dannenberg, Manfred R.  
beratendes Mitglied Ließ, Roland  
Beratendes Mitglied Szorec, Gregor  
Dittmer, Franziska – Stabstellenleitung Klimaschutzmanagement  
Harlfinger-Düpow, Mareike - Fachdienstleitung Mobilität  
Jürges, Teresa - Fachdienstleitung Straßenverkehr  
Raeder, Jenny - Pressestelle Büro der Landrätin  
Landrätin Schulz, Dagmar  
Kreisbaudirektorin Stellmann, Maria  
Weidner, Vanessa - Protokollführung

Vertretung für KTA Flöter

anwesend bis 16:32 Uhr

anwesend bis 17:00 Uhr

Es fehlen:

KTA Carmienke, Christian	entschuldigt
KTA Flöter, Anja	entschuldigt
KTA Goebel, Dietmar	entschuldigt
KTA Klepper, Hermann-Dieter	entschuldigt
KTA Wiegrefe, Wolfgang	entschuldigt
KTA Wiehler, Julie Vorsitzende	entschuldigt
beratendes Mitglied Berner, Emma	entschuldigt

**Beginn:** 15:00 Uhr

**Ende:** 17:52 Uhr  
nichtöffentlicher Teil: - Uhr

Öffentlicher Teil

**Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

**Vorsitzende Wiehler** eröffnet und begrüßt die Teilnehmenden zur 3. Sitzung des Fachausschuss Klima und Mobilität.

**Vorsitzende Wiehler** merkt in eigener Sache an, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Förderprogramm Steckersolargeräte fristgerecht bei der Verwaltung eingegangen sei. Sie bemängelt, dass dieser gleichwohl erst am heutigen Tage als Tischvorlage in den Ausschuss eingebracht wurde. Sie bittet darum, fristgemäß eingegangene Anträge unverzüglich weiterzuleiten.

Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit werden ohne weitere Einwände festgestellt. Der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt, es gibt keine weiteren Anmerkungen. (nachträglich nach Einwohnerfragestunde erfolgt.)

**1. Genehmigung des Protokolls der 2. Ausschusssitzung vom 28.02.2022**

**KTA Hensel** merkt an, dass im Protokoll beim Punkt Einwohnerfragestunde die Ortsangabe in Bezug auf den Streckendefizit zwischen „Wustrow“ und Soltendieck“ Wustrow durch Clenze ersetzt werden müsse. Weiterhin sei bei Punkt 3 zum Schüler- und Azubiticket die Zitierung von FDL Harlfinger-Düpow zu den Kosten des Tickets fehlerhaft und muss von 3000 € auf 30 € geändert werden.

Die Korrekturvorschläge werden einstimmig genehmigt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig beschlossen Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

## 2. Einwohnerfragestunde

**Herr Rübsam-Wassong** aus Hitzacker vom VCD hat Fragen zu der geplanten Mobilitäts-App. Er fragt, ob es geplant sei, dass Mitglieder vom VCD bei der App-Entwicklung mitwirken könnten.

**FDL Harlfinger-Düpow** antwortet, dass eine Testphase der App geplant sei, bei der auch Zugänge für externe Institutionen geschaffen werden könnten.

**Herr Rübsam-Wassong** erläutert, dass es ihm um die Phase vor der Auftragsvergabe ginge, um ggf. mitzubestimmen, was in die Leistungsbeschreibung gehört.

**FDL Harlfinger-Düpow** schlägt vor, dass gesammelte Hinweise zur Leistungsbeschreibung und Wünsche an die App vom VCD an den Fachdienst mitgeteilt werden können.

**Beratendes Mitglied Ließ** fragt, ob es nicht eine öffentliche Ausschreibung mit fester Leistungsbeschreibung gegeben hätte.

**FDL Harlfinger-Düpow** erklärt, dass die Appentwicklung aufgeteilt worden sei und im ersten Schritt über die Mobilitätsagentur teilfinanziert wurde. Im zweiten Schritt sollen ergänzende Angebote in der App über das ÖPNV-Modellprojekt aufgesattelt werden, wobei schon jetzt im Projekt feststehe, was genau die App leisten soll.

**KBDin Stellmann** richtet erneut die Bitte an Herrn Rübsam-Wassong, wichtige Anforderungen an die App dem Fachdienst mitzuteilen. Dieser übernehme dann die Aufgabe der Erstellung der Leistungsbeschreibung. Darüber hinaus schlägt sie vor, dass gemeinsam mit FDL Harlfinger-Düpow und Herrn Rübsam-Wassong ein Termin zur Abstimmung der Anforderungen stattfinden könne.

**Herr Rübsam-Wassong** stimmt dem Vorschlag zu.

**Vorsitzende Wiehler** begrüßt nachträglich das neue beratende Mitglied Manfred Dannenberg, der für den Seniorenbeirat teilnimmt.

## 3. Mitgliedschaft des Landkreises Lüchow-Dannenberg in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e.V. (AGFK) 2022/239

**FDL Harlfinger-Düpow** stellt den Sachverhalt gemäß Vorlage vor, als Landkreis Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e.V. (AKFK) zu werden.

**KTA Beckmann** fragt, ob die Samtgemeinden dann auch automatisch Mitglied im Verein seien und ob das Vorhaben dort bekannt sei.

**FDL Harlfinger-Düpow** verweist auf das kommunale Mobilitätsmanagement mit Kooperationsvereinbarung zwischen den Samtgemeinden, wobei alle relevanten Themen zur Mobilität mit den Samtgemeinden gemeinschaftlich abgestimmt werden. Das Thema der Mitgliedschaft sei zunächst nur für den Landkreis vorgesehen.

**KTA Hensel** ergänzt, dass jede Kommune selbst Mitglied werden könne und verweist auf die Hinweise zu Kosten und Voraussetzungen in den Unterlagen. Er begrüßt die Mitgliedschaft des Landkreises, erwarte aber auch Unterstützung bei der Akquise von Fördermitteln, um Vorteile für den Landkreis einzufordern.

**KTA Allgayer-Reetze** fragt nach, ob der Mitgliedbeitrag bei Landkreisen ein Festbetrag sei.

**FDL Harlfinger-Düpow** bestätigt dies.

**KTA Zieker** begrüßt die niedrighschwellige Möglichkeit, Mitglied im Verein zu werden. Sie schlägt vor, eine interne Zielvereinbarung mit Maßnahmen zu setzen, sowie einmal im Jahr zu berichten, was sich tatsächlich gebessert habe.

**KTA Tzscheutschler** begrüßt die geplante Mitgliedschaft und schlägt einen Verteiler an die Samtgemeinden vor, damit alle mit ins Boot geholt werden und die Infos erhalten.

**KTA Beckmann** schlägt vor, den Beschlussvorschlag um eine halbjährliche Evaluierung im Ausschuss zu

erweitern, um zu schauen, ob von der Mitgliedschaft in Bezug auf die umgesetzten Maßnahmen profitiert wurde.

**KTA Carmienieke** sieht eine jährliche Evaluierung im Ausschuss für ausreichend an.

**KTA Hensel** stimmt dem Vorschlag der jährlichen Evaluierung zu, um die Ausschüsse nicht zu voll zu gestalten.

**KTA Beckmann** schlägt vor, es zumindest die ersten 1-2 Jahre halbjährlich zu evaluieren.

**Vorsitzende Wiehler** lässt über beide Varianten abstimmen.

**Der Kreistag beschließt die Mitgliedschaft des Landkreises Lüchow-Dannenberg in der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Kommunen Niedersachsen/Bremen e.V. (AGFK).**

**Zusatzbeschluss:**

**1 x im Jahr ist im Fachausschuss über die Fortführung der Mitgliedschaft zu beraten.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

**Abstimmung über 2 x jährliche Evaluierung im Ausschuss**

Mehrheitlich Empfehlung abgelehnt: Ja-Stimmen: 1 Nein-Stimmen: 6 Enthaltung: 0

**Abstimmung über jährliche Evaluierung im Ausschuss**

Einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

#### **4. Radverkehrsaktionen: Mehr Schüler:innen auf das Rad (mündlicher Bericht FD 60 und FD 36)**

**FDL Harlfinger-Düpow** berichtet zum Thema Radverkehrsaktionen.

Durch das kommunale Mobilitätsmanagement und die Zusammenarbeit zwischen FD60 und FD36 rückt das Thema Radverkehr mehr in den Fokus. Zukünftig sollen Radzählgeräte bzw. allgemeine Zählgeräte angeschafft werden, um herauszufinden, wo die Bürger:innen unterwegs sind. Diese könnten durch sogenannte „Smilie-Anlagen“ ergänzt werden. Es soll spätestens im nächsten Jahr ein Radverkehrstag für Schüler:innen wiederaufgegriffen werden, um die Kinder und Jugendlichen für das Thema Verkehrssicherheit und Straßenverkehr zu sensibilisieren.

**FDL Jürges** berichtet von möglichen gemeinsamen Aktionen mit der Verkehrswacht und anderen Playern aus dem Bereich Verkehr, die für alle Altersgruppen ansprechend gestaltet sein sollen.

**FDL Harlfinger-Düpow** ergänzt, dass von der Verkehrswacht zum Beispiel ein Radverkehrsanhänger ausgeliehen werden kann, der für Aktionen zur Verfügung steht. Zusätzlich wird in diesem Jahr wieder die Europäische Mobilitätswoche stattfinden mit dem Thema „Besser verbunden“. Hier sollen auch gezielt Aktionen zum Radverkehr auch in Kombination mit schulischem Mobilitätsmanagement durchgeführt werden.

Im August findet eine Radverkehrsschau statt, bei der die Daten des Stadtradelns 2022 genutzt werden sollen. Die über den Schadensmelder gesammelten Hinweise von Bürger:innen zu Schäden und fehlenden Beschilderungen sollen hierbei überprüft werden und Straßen abgefahren werden, um dann in das Radverkehrskonzept für den Landkreis miteinzufließen.

**KTA Allgayer-Reetze** berichtet von der Erfahrung, dass auf gemeinschaftlichen Fuß- & Radwegen häufig keine Rücksicht genommen werde und gerade an ältere Menschen ohne Klingeln herangefahren werde. Sie schlägt vor, darauf im Radverkehrskonzept ein Augenmerk zu legen.

**Vorsitzende Wiehler** weist darauf hin, dass Bürgersteige innerstädtisch nicht als Radwege gelten, Radfahrer:innen dort lediglich geduldet würden und Fahrradfahrer:innen teilweise von Autofahrer:innen von der Straße gehubt würden, weil hier Unklarheit über die Gesetzgebung herrsche.

**FDL Jürges** erklärt, dass es darauf ankäme, ob ein innerstädtischer Radweg vorherrsche. Falls ja, bestehe eine Benutzungspflicht, falls nein sei es gewünscht, dass Radfahrer:innen auf der Straße fahren.

**KTA Allgayer-Reetze** stellt Rückfrage, ob beim gemeinsamen Geh- und Radweg auch eine Benutzungspflicht für Radfahrer:innen herrsche, da dort das Problem von zu schmalen Wegen und dadurch fehlender Rücksicht vorhanden sei.

**FDL Jürges** bestätigt die Benutzungspflicht.

**Vorsitzende Wiehler** bittet zuständige Stellen um Prüfung der Beschilderung, um logische Verhältnisse zu schaffen. Darüberhinaus macht sie den Vorschlag zur Erstellung einer Pressemitteilung zum Thema, um für mehr Klarheit zu sorgen.

**KTA Zieger** schlägt vor, einen Aufruf über die Presse zu machen und Bürger:innen zu bitten, Stellen mit unklarer Beschilderung zu fotografieren und zu melden.

**KTA Beckmann** spricht auch die grundsätzliche Problematik außerhalb der Ortschaften an, wo häufig Schilder zu Radwegen fehlen.

**Landrätin Schulz** verweist auf den/die neue Radverkehrskordinator:in, welche/r sich genau diesen Themen annehmen wird.

#### 5. Vorstellung des Radverkehrsvorhabens "Neue Wege für neue Räder" (mündlicher Bericht)

**SL Dittmer** stellt das Radverkehrsvorhaben „Neue Wege für neue Räder“ anhand einer Präsentation vor.

**KTA Carmienieke** stellt die Zwischenfrage, ob die Bedenken der Landwirte zu den Fahrradstraßen inzwischen ausgeräumt wurden und mit ihnen gesprochen wurde.

**SL Dittmer** antwortet, dass in den Fachausschüssen eine ausgiebige Vorstellung des Vorhabens stattfand, bei dem Landwirte im Gremium saßen, die diesem zugestimmt hätten. Des Weiteren hätte die Begrifflichkeit „Radvorrangroute“ für Verwirrung gesorgt, da die Straßen weiterhin von Landwirten genutzt werden könnten. Eine Öffentlichkeitsbeteiligung soll während des Vorhabens stattfinden.

**KTA Hensel** gibt den Hinweis, dass Radvorrangrouten schon lange im Gespräch seien und für einige Strecken von hoher Bedeutung seien, so zum Beispiel für die Landstraße nach Clenze, bei der kein Fahrradweg vorhanden ist.

**Landrätin Schulz** erfragt, ab welcher Straßenbreite ein Schutzstreifen auf der Straße eingerichtet werden könne.

**SL Dittmer** erläutert, dass sie ad hoc die genaue Definition der Breite eines Schutzstreifens nicht wisse, die Straße jedoch relativ breit sein müsse. Städte nähmen dafür häufig Parkstreifen weg, da viele Straßen sonst zu eng wären. Ein Beispiel für eine relativ breite Straße, auf der ein solcher Streifen eventuell eingerichtet werden könnte, ist die Dannenberger Straße in Lüchow. *Nachtrag zum Protokoll: Die Breite von Schutzstreifen sollte mindestens 1,85 m betragen. Die Markierung zählt zur Breite eines Schutzstreifens. In der Praxis werden Schutzstreifen oft mit Regelbreite von 1,40 bis 1,50 m realisiert.*

**KTA Tzscheutschler** fragt, ob für die Radvorrangroute zwischen Lüchow und Clenze auch eine Öffentlichkeitsbeteiligung durch die Samtgemeinde geplant sei und betont dessen Wichtigkeit.

**SL Dittmer** erwidert, dass eine Beteiligung stattfinden soll, bevor die Ausführungsplanung starte. Jährliche Berichte im Ausschuss zu diesem Thema seien geplant.

#### 6. Antrag auf Beteiligung an den Reparaturkosten für die Schnackenburg Fähre „Ilka“ – Antrag der Samtgemeinde Gartow 2022/245

**FDL Harlfinger-Düpow** stellt den Antrag auf Beteiligung an den Reparaturkosten für die Schnackenburg Fähre „Ilka“ der Samtgemeinde Gartow vor.

**KTA Carmienieke** hält es für falsch, dass die Fähren in Niedersachsen nicht zum ÖPNV zählen, da Nachbarlandkreise auf diese Verbindungen angewiesen seien. Er möchte wissen, ob die mögliche Verwendung von Restmitteln für die Beteiligung geprüft wurde.

**FDL Harlfinger-Düpow** erwidert, dass es keine Restmittel im ÖPNV gäbe.

**Landrätin Schulz** führt aus, dass der Jahresabschluss bereits abgeschlossen sei und Restmittel zweckgebunden seien. Daher sei kein einfacher Übertrag möglich und momentan keine Mittel zur Verfügung, dies werde aber erneut mitgenommen und durch die Kämmerei geprüft.

**KBDin Stellmann** verweist auf den Top 14.1. Restmittel aus Blitzereinnahmen und erläutert, dass die vorhandenen Restmittel bereits für andere Maßnahmen verplant wären, so zum Beispiel für den Bereich Klimaschutz und Radverkehr. Der Beschlussvorschlag sei bewusst offen formuliert, da die Beteiligung über freiwillige Leistungen abzuwickeln wäre.

Darüberhinaus gibt KBDin Stellmann den Hinweis auf andere Fähren im Landkreis, die möglicherweise ebenfalls eine Unterstützung erfragen könnten.

**KTA Hensel** appelliert an die neue Landesregierung, die Gesetzgebung für Fähren als Teil des ÖPNV anpassen solle. Er macht den Vorschlag, sich im Rahmen der neuen Elbfährenkooperation als Landkreis mit 10.000 € an der Reparatur zu beteiligen.

**KTA Tzscheuschler** unterstützt die Aussagen von KBDin Stellmann und weist ebenfalls auf Gleichberechtigung für alle Fähren hin.

**Vorsitzende Wiehler** erfragt ein Stimmungsbild, um ggf. TOP 14.1 vorzuziehen.

**KTA Carmienieke** schlägt vor, es im nächsten Haushalt 2023 miteinzuplanen, um 2023 das Geld an die Samtgemeinde Gartow zu erstatten. Er weist zudem auf den Nahverkehrsplan hin, in dem verankert ist, dass die Fähren mitberücksichtigt werden müssen, auch wenn sie nicht direkt zum ÖPNV zählen.

**Beratendes Mitglied Czorek** fügt hinzu, dass Inselstellung berücksichtigt werden müsse und zudem die Pflege der Fähren als Daseinsvorsorge anzusehen sei.

**Vorsitzende Wiehler** weist erneut auf Gleichberechtigung für die Fähren hin und auf die Notwendigkeit, eine grundsätzliche Festlegung der Unterstützung für alle Fähren für die Zukunft zu definieren.

**Landrätin Schulz** führt aus, dass der gesamte Norden des Landkreises fährenabhängig sei und durch die Wassergrenze eine Insellage bestehe. Dadurch müssen die Fähren als Teil des ÖPNV angesehen werden und bei zukünftigen Konzepten und in der Haushaltsplanung berücksichtigt werden.

**FDL Harlfinger-Düpow** stellt klar, dass die Fähre momentan wieder fährt und somit repariert sein muss.

**Vorsitzende Wiehler** schlägt vor den Antragssteller zu bitten darzulegen, ob der Betrag zur Reparatur noch aussteht um dann einen Beschlussvorschlag der Verwaltung für den Kreisausschuss erstellen zu lassen.

**KTA Hensel** beantragt den Antrag als behandelt anzusehen und bis zum Kreisausschuss die Verwaltung damit zu beauftragen, herauszufinden, ob die 10.000 € Spendengelder noch aufgebracht werden müssen und den Beschlussvorschlag anschließend im Kreisausschuss wiederaufzunehmen.

Der Vorschlag wird einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: behandelt ohne Beschlussempfehlung Ja-Stimmen: 7 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

## **7. Sachstand und weiteres Vorgehen ÖPNV-Modellprojekt Clever MoWe (Präsentation: Vorstellung durch Diana Krüger, Projektleiterin ÖPNV-Modellprojekt)**

Die Projektleiterin des ÖPNV-Modellprojektes CleverMowe Diana Krüger stellt den Sachstand und das weitere Vorgehen im Projekt vor.

Das Projekt CleverMowe schließe an die Aktivitäten der Mobilitätsagentur an. Es sei 1 von 12 Modellprojekten in ganz Deutschland zur Neugestaltung des ÖPNV.

Das Projekt sei offiziell in 4 Teilprojekte gegliedert, wobei für Diana Krüger ein weiteres, die Bürgerbeteiligung, hinzukäme.

Die vier Teilprojekte sind:

1. Neudefinition Haupt- und Nebenliniennetz – Zukunftswege für das Wendland
2. Digitale Vernetzung für das Wendland

3. Multimodalität für das Wendland
4. Smarter Tarif für das Wendland

Das indirekte 5. Teilprojekt, die Bürgerbeteiligung, erstreckte sich laut Krüger zusätzlich über die gesamte Projektlaufzeit. Hierzu sollen verschiedene Aktionen stattfinden, um alle 27 Gemeinden des Landkreises effizient einzubinden.

**Vorsitzende Wiehler** bittet Diana Krüger um eine kurze Vorstellung ihrer Person.

**Diana Krüger** stellt kurz ihren Werdegang dar.

**Beratendes Mitglied Ließ** fragt, ob die Digitalisierung des ÖPNV ein Smartphone voraussetze.

**Diana Krüger** antwortet, dass elektronische Verbindungen zunächst zeitgemäß als Grundlage dienen, jedoch Lösungen für Nutzer:innen des ÖPNV parallel vorhanden sein würden, die digitale Voraussetzungen nicht besitzen.

**Beratendes Mitglied Ließ** erwidert als Beispiel das Carsharing, wobei ein Smartphone notwendig für die Nutzung sei.

**FDL Harlfinger-Düpow** antwortet, dass Bustickets weiterhin auch im Bus erworben werden könnten, die Digitalisierung lediglich eine Erweiterung sei. Zudem stünde die Mobilitätsagentur nach wie vor für Fahrplanauskünfte und Busticketverkauf zur Verfügung.

**KTA Hensel** weist darauf hin, dass Barrierefreiheit auch digital wichtig sei und das E-Ticketing eine große Erleichterung für die Nutzung des ÖPNV sei.

**Frau Krüger** erwähnt die momentan dünne Personaldecke im Projekt und die noch laufenden Stellenausschreibungen.

**KTA Beckmann** fragt, ob auch größere Arbeitgeber im Landkreis angesprochen worden seien, wie z. B. Conti oder SKF, um eine Verhaltensänderung und stärkere Nutzung des ÖPNV zu fördern.

**FDL Harlfinger-Düpow** antwortet, dass bereits mit der Firma Voelkel positive Gespräche stattfanden und im Laufe des Projekts weiterhin geplant ist, mit Firmen in den Austausch zu gehen, um gegebenenfalls Routen bedarfsgerecht für Fahrgemeinschaften anzupassen. Hierbei würden auch die Schüler:innen nicht vergessen.

**Vorsitzende Wiehler** bittet um kleinen Infozettel zum Projekt, der dem Protokoll beigefügt wird.

## 8. Erstellung eines Elektromobilitätskonzepts für den Landkreis Lüchow-Dannenberg (mdl. Bericht)

**FDL Harlfinger-Düpow** stellt den Sachverhalt zum Elektromobilitätskonzept anhand einer Präsentation vor.

**Landrätin Schulz** fügt hinzu, dass sie den 1. E-Mobilitätssummit in Hannover besucht habe und dort wichtige Impulse für unseren Landkreis mitgenommen worden konnten und wichtige Aspekte zur Antriebstechnik beleuchtet worden seien. Dort seien gute Erfahrungen mit Bürgerbeteiligung gemacht worden und Modelle konnten erprobt werden. Dies solle auf unseren Landkreis übertragen werden.

**KTA Zieker** regt an, Gleichstellungsbeauftragte und Behindertenverbände mit einzubinden bei der Planung.

**FDL Harlfinger-Düpow** ergänzt, dass bereits vorhandene öffentliche Ladesäulen mit in das Konzept aufgenommen werden.

## 9. NKI-Förderung für die Einführung eines kommunalen Energiemanagements 2022/242

**SL Dittmer** stellt den Sachverhalt zur NKI-Förderung für die Einführung eines kommunalen Energiemanagements anhand einer Präsentation vor.

**KTA Carmienieke** weist auf vorhandenes Gebäudemanagement hin und langjährige Diskussion über energiesparende Maßnahmen, die noch nicht hinreichend umgesetzt wurden.

**SL Dittmer** erläutert, dass das Gebäudemanagement derzeit mit einem Energiemanager für über 178 Gebäuden zuständig ist, was für die umfangreiche Umsetzung von Energiesparmaßnahmen nicht ausreiche. Die geförderte Stelle soll Unterstützung bieten und beim Gebäudemanagement in Lüchow angesiedelt werden.

**KTA Allgayer-Reetze** fragt, wie die geplanten Maßnahmen zur Einsparung finanziert werden sollen.

**SL Dittmer** antwortet, dass es auch niedrigschwellige Maßnahmen wie den hydraulischen Abgleich gäbe, wodurch bereits Einsparungen je nach Gebäude mit bis zu 15% generiert werden können.

**KTA Allgayer-Reetze** erwidert, dass nicht klar sei, wie hoch diese Einsparungen wären und sieht keine mögliche Verbesserung durch das Förderprogramm, da das Gebäudemanagement bereits hierzu beraten würde.

**SL Dittmer** legt dar, dass mehr Personal und ein systematisiertes Energie-Monitoring eine Beschleunigung für Effizienz und Einsparungseffekte bringen würde.

**KTA Beckmann** weist auf vergangenes Vorgehen des Landkreises hin, energetischen Zustand des Kreishauses anhand eines Energieausweises festzustellen. Er fragt, ob dies das geplante Vorgehen sei, was auch für die anderen Gebäude im Landkreis mit dem Vorhaben geplant sei.

**SL Dittmer** antwortet, dass der Ausweis nur ein Auszug des Ist-Zustandes sei. Ein Sanierungsfahrplan sei notwendig für die Umsetzung von Verbesserungsvorschlägen. Hierfür sei das zusätzliche Personal notwendig, um professionelle Ergebnisse zu gewährleisten.

**Vorsitzende Wiehler** fasst zusammen, dass die Förderung als Kapazitätsfrage gesehen werden solle, da über die Fördermittel eine zusätzliche Personalstelle finanziert werden könne, was so nicht möglich wäre und somit zusätzlich eine Entlastung der Stabstelle Klimaschutz stattfinden würde.

**1. Der Kreistag beschließt die Einführung und dauerhafte Fortführung eines kommunalen Energiemanagements (kEM) für die kreiseigenen Liegenschaften mit einer Vollzeit-Personalstelle. Das kEM ist organisatorisch beim Gebäudemanagement Uelzen/Lüchow-Dannenberg gAöR angesiedelt, Hauptdienstort ist Lüchow. Die Tätigkeit bezieht sich auf die kreiseigenen Gebäude und Liegenschaften.**

**2. Die Einführung des kEM wird für 36 Monate (inkl. Personalkosten) mit 90% durch die Kommunalrichtlinie der Nationalen Klimaschutzinitiative des Bundes gefördert. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Förderantrag für die Implementierung eines kEM zu stellen. Die Gesamtkosten für 36 Monate liegen bei rund 534.500 €, der Eigenanteil beträgt 53.450 €. Der Beginn des kEM ist für den 1.4.2023 vorgesehen.**

Abstimmungsergebnis: Einstimmig empfohlen

**Ja-Stimmen: 4 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 2**

<b>10. Beschlussempfehlung über die Leistungsbeschreibung für die Verhandlungsvergabe: Beratungsdienstleistung Zukunftsentwicklungskonzept (Los1) und Beratungsdienstleistung Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes (Los2) für den Landkreis Lüchow-Dannenberg</b>	2022/228
--	----------

**Landrätin Schulz** stellt die Beschlussempfehlung anhand der Vorlage vor.

**KTA Beckmann** fragt, ob mit dem Klimaschutzkonzept der Masterplan gemeint sei. Er merkt an, dass dieser eine gute Ausarbeitung darstelle, aber erst sehr wenig umgesetzt wurde. Man solle sich auch damit beschäftigen Sachen umzusetzen.

*Nachtrag zum Protokoll von SL Dittmer: Bisher wurden 22 der Maßnahmen, die im Anhang zum Masterplan aufgeführt sind, umgesetzt bzw. befinden sich in der Umsetzung. 10 Maßnahmen wurden aufgrund überholter fachlicher Erkenntnisse (Bsp. Maßnahme M5), fehlender Projektträger (Bsp. E4, L3) sowie fehlender Personalkapazitäten und Fördermittel (Bsp. B1, S3) umgesetzt. Für einige dieser in 2017 skizzierte Maßnahmen sind inzwischen rechtliche Vorgaben und Regelungen seitens des Bundes oder Landes geplant oder erlassen: z. B. Kommunale Wärmepläne (E3) oder die Einrichtung von BNE-Beauftragten an öffentlichen allgemein bildenden und berufsbildenden Schulen (Bezug zu B1).*

**Landrätin Schulz** erläutert, dass der Mangel des Masterplans sei, dass nicht genau festgelegt worden sei,



wer was bis wann bearbeite. Dies solle nun verbessert werden. *Nachtrag zum Protokoll von SL Dittmer: Im Masterplan sind im Anhang in den Maßnahmenempfehlungen die Initiatoren, beteiligten Akteure sowie Zeitpläne und Handlungsschritte für Maßnahmen dargelegt.*

**KTA Carmienieke** führt aus, dass über den Masterplan hinaus Maßnahmen nötig seien, um sich zeitgemäß klimaneutral für die Zukunft aufzustellen und eine Anpassung wichtig sei.

**SL Dittmer** fügt hinzu, dass der Masterplan aus 2017 sei und daher eine Anpassung sinnvoll sei. Zusätzlich sei in der Leistungsbeschreibung auf den Masterplan bezuggenommen worden.

**Die Kreisverwaltung wird beauftragt, die Ausschreibung für die Beratungsleistungen „Zukunftsentwicklungskonzept“ (Los 1) und „Klimaschutzkonzept“ (Los 2) gemäß der dargestellten Leistungspunkte zu veranlassen.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

<b>11. Antrag der SOLI-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 03.04.22: Bau eines Fahrradweges an der Landesstraße L 261 zwischen Spithal und Kassau</b>	2022/195
--	----------

**Vorsitzende Wiehler** stellt stellvertretend für den abwesenden KTA Klepper den Antrag der SOLI-Fraktion zum Bau eines Fahrradweges an der Landesstraße L261 zwischen Spithal und Kassau vor.

**KTA Tzscheutschler** erläutert die Wichtigkeit der Schließung des fehlenden Radweges für den Südkreis und gibt einige Gründe kultureller Veranstaltungen, die von Kindern und Jugendlichen zumeist mit dem Rad besucht werden. Der Lückenschluss sei enorm wichtig, da aktuell teilweise Lebensgefahr für die Nutzer:innen bestehe.

**KTA Carmienieke** bittet KBDin Stellmann um Stellungnahme zum Sachverhalt.

**KBDin Stellmann** weist darauf hin, dass im Antrag ein falscher Adressat gewählt worden sei, da richtigerweise die Niedersächsische Landesstraßenbaubehörde Adressat sei. Die Festlegung der Prioritätenliste solcher Maßnahmen fände alle 5 Jahre statt, wobei die Position 1, der Radweg zwischen Dolgow und Wustrow, bereits realisiert wurde. Somit wäre die Schließung des Radwegeteilabschnitts bereits auf Position 2, wobei eine höhere Priorisierung trotzdem beantragt werden könne. Geändert werden müsse der Adressat im Antrag.

**Vorsitzende Wiehler** erläutert die Fragwürdigkeit und das Unverständnis der fehlenden Einschätzung als besondere Gefährdungslage durch die Polizei an dieser Strecke und bittet FDL Jürges um Stellungnahme.

**FDL Jürges** erwidert, dass die Straßenverkehrsordnung die Grundlage für einen Eingriff in den Straßenverkehr definiere und unter anderem die Unfalllage als Referenz für die Einschätzung als Gefährdungslage agiere. Verkehrszeichen sind nur dort anzuordnen, wo diese auf Grund der besonderen Umstände zwingend erforderlich ist. Hier gäbe es in der Verordnung keinen Ermessungsspielraum. Die L 261 weist normale bis unterdurchschnittliche Verkehrsbelastungen auf und war bisher unauffällig bei den Verkehrsschauen.

**KTA Hensel** beantragt, den Antrag als behandelt zu erklären und bittet die Verwaltung, den Antrag für den Kreisausschuss und Kreistag entsprechend anzupassen und den Adressaten zu prüfen. Dem wird einstimmig zugestimmt.

Die Verwaltung werde dies prüfen und im nächsten Kreisausschuss darlegen, welche Maßnahme zurzeit auf Priorität 1 sei.

Abstimmungsergebnis: behandelt ohne Beschlussempfehlung Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

<b>12. Dringlichkeitsantrag der Kreistagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Lüchow-Dannenberg vom 21.04.2022: Ausbau der PV-Anlagen auf kreiseigenen Dächern und Flächen beschleunigen</b>	2022/215
--	----------

**KTA Zieker** stellt den Dringlichkeitsantrag gemäß Vorlage vor.

**Landrätin Schulz** weist darauf hin, dass SL Dittmer bereits an diesem Thema arbeite, konkret könne auch das Kreishaus dafür herangezogen werden und Möglichkeiten und Kosten geprüft werden um diese dann der Politik vorzuschlagen.

Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

**Die Kreisverwaltung des Landkreises Lüchow-Dannenberg wird beauftragt, für alle für PV-Anlagen geeignete Dachflächen und sonstige versiegelte Flächen kreiseigener Liegenschaften die Ausstattung mit Photovoltaikanlagen unverzüglich in die Wege zu leiten und ggf. zur Verfügung stehende Fördermittel einzuwerben.**

Abstimmungsergebnis: einstimmig empfohlen Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0

<b>13. Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 24.05.2022: Förderprogramm Steckersolargeräte</b>	2022/237
--	----------

**KTA Zieker** stellt den Antrag anhand der Vorlage vor und erläutert das Förderprogramm Steckersolargeräte.

**KTA Carmienke** fragt, wer die Organisation übernehme. Es fehle Personal für die Umsetzung, weshalb die einfache Umsetzbarkeit und einfacher Zugang durch die Verwaltung gewährleistet werden müsse.

**SL Dittmer** erläutert, dass die Mini-PV-Anlagen laut dem Fachdienst Finanzen nicht unter den Ergebnishaushalt fielen und der Investitionswert zu hoch wäre.

**KTA Allgayer-Reetze** stellt die rechtliche Nachfrage, ob Mieter auch bei einer Mietwohnung die PV-Anlage installieren dürften.

**SL Dittmer** erwidert, dass der Vermieter sowie der Netzbetreiber informiert werden müsse und eventuell der Stromzähler ausgetauscht werden müsse.

**Vorsitzende Wiehler** bringt ein, dass genau diese Prüfungen Teil des Antrags seien und es bereits eine Stadt gäbe, die dies umgesetzt habe und somit als Ansprechpartner zur Verfügung stünde.

**KTA Carmienke** beantragt, den TOP in den nächsten Ausschuss zu vertagen und in Zwischenzeit Kontakt zur Stadt Braunschweig aufzunehmen und Erfahrungen zum Förderprogramm auszutauschen.

**KBDin Stellmann** verweist darauf, dass der Beschluss bis in den Kreisausschuss geht und dort abschließend behandelt wird.

**Geändert einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0**

**Die Stabsstelle Klimaschutz wird beauftragt, in Anlehnung an die kommunalen Förderprogramme für Steckersolargeräte wie bspw. in der Stadt Braunschweig, die Umsetzung eines entsprechenden Projektes für den Landkreis Lüchow-Dannenberg zu prüfen und im nächsten Fachausschuss vorzustellen. Dabei ist auch zu prüfen, ob bei einer Schwerpunktlegung auf Stecker-PV für Mietwohnungen und ggf. unter Nachweisvoraussetzungen der Bedürftigkeit, eine Mitfinanzierung oder Förderung aus anderen Haushaltsmitteln, wie z.B. dem Fachbereich Soziales möglich ist.**

**Zudem wurde die Verwaltung beauftragt, für den Fall, dass sie auch nach Befragung der Städte, die bereits das Förderprogramm durchgeführt haben (Braunschweig und Göttingen) ein solches Programm nicht empfiehlt, zum nächsten Fachausschuss einen eigenen Vorschlag zur Unterstützung von Bürgern zu Energieerzeugung oder Einsparung zu entwickeln und einzubringen.**

**Die Fraktion Bündnis 90 Die Grünen ist damit einverstanden, den TOP nur im KA und nicht mehr im KT zu behandeln, da er nur einen Prüfungsauftrag vorsieht.**

Abstimmungsergebnis:

**Geändert einstimmig empfohlen: Ja-Stimmen: 6 Nein-Stimmen: 0 Enthaltung: 0**

<b>14. Mitteilungen und Anfragen, Kenntnisnahmen</b>
--

**KTA Beckmann** möchte wissen, wie der Stand zum Thema Radwegekonzept sei.

**FDL Harlfinger-Düpow** weist auf die kürzliche Stellenausschreibung als Radverkehrskordinator:in hin, wobei die ausgewählte Person abgesprungen sei. Eine neue Person sei noch zu finden.

#### **14.1. Verwendung und Überblick der Restmittel für verkehrssichernde Maßnahmen**

2022/229

**FDL Jürges** stellt die Verwendung der Restmittel für verkehrssichernde Maßnahmen gemäß Vorlage vor.

**KTA Beckmann** weist auf das Problem des übermäßigen Straßenverkehrs auf der K1 in der Gemeinde Gusborn hin. Dort sei ein Verkehrszählgerät angeschafft worden, welches z. B. in Zadrau platziert wurde. Dabei seien Geschwindigkeitsüberschreitungen von ca. 78 Prozent festgestellt worden. Auch die Blumenkübel als Maßnahme zur Verkehrsberuhigung zeige wenig Wirkung. Er regt an, von den Restmitteln weitere Verkehrszählgeräte anzuschaffen und an relevanten Ortschaften aufzustellen, um auch mögliche Blitzerstandorte zu eruieren.

**KBDin Stellmann** erklärt, dass die Restmittel keine Investivmittel seien und daher nicht einfach für solche Anschaffungen verwendet werden könnten.

**KTA Tschzeuschler** möchte wissen, ob von den Mitteln ein Fußgängerüberweg gebaut werden könne und ob dies investiv sei. Er nennt das hohe Verkehrsaufkommen während der Schulzeit an der Uelzener Straße bei der KGS Clenze.

**KBDin Stellmann** antwortet, dass es investiv sei, jedoch dafür nicht genug Restmittel vorhanden seien. Diese Maßnahme könnte man für den Haushalt im kommenden Jahr mitandenken.

**KTA Carmienieke** erinnert daran, dass die Samtgemeinden über Verkehrszählgeräte verfügen. Daher sei eine weitere Anschaffung seiner Meinung nach nicht notwendig.

**KTA Hensel** erwidert, dass die Preise der Geräte sich mittlerweile vervierfacht hätten. Er weist auf den Verkehrssicherheitstag hin, für den die Restmittel ebenfalls verwendet werden könnten.

Kenntnis genommen

#### **14.2. Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zum kommunalen Mobilitätsmanagement (mündlicher Bericht)**

**FDL Harlfinger-Düpow** stellt den Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zum kommunalen Mobilitätsmanagement mündlich vor.

Zukünftig wird es in den Samtgemeinden jeweils einen Ansprechpartner zum kommunalen Mobilitätsmanagement geben, mit denen ein enger Austausch geplant sei. Als erstes wichtiges Thema werde hier das Ladeinfrastrukturkonzept angegangen.

Kenntnis genommen

#### **14.3. Sachstandsbericht Schülerverkehr im Landkreis Uelzen zur KGS Clenze (mündlicher Bericht)**

**FDL Harlfinger-Düpow** berichtet, dass es zum Schülerverkehr im Landkreis Uelzen zur KGS Clenze noch nicht viel Neues gäbe, da bereits zwei Termine zur Abstimmung abgesagt werden mussten. Ein neuer Termin sei am 15.06.2022 geplant.

**KTA Hensel** fragt, ob es seitens des Landkreises Uelzen schon eine Rückmeldung zur Mitfinanzierung gäbe.

**FDL Harlfinger-Düpow** antwortet, dass dies noch nicht der Fall sei.

Kenntnis genommen

#### **14.4. Sachstandsbericht Fahren in Lüchow-Dannenberg (mündlicher Bericht)**

**FDL Harlfinger-Düpow** berichtet, dass noch kein Austausch zur Förderung und möglichen Finanzierung der Fähren stattfinden konnte, da noch eine Rückmeldung aus Amt Lenzen zur Terminfindung fehle.

**KTA Beckmann** weist auf die Fähre Neu Darchau hin, die langjährige Erfahrung mit dem Fährbetrieb habe und daher ein Austausch sinnvoll sein könne.

Kenntnis genommen

#### 14.5. Einführung eines Willkommenstickets für Geflüchtete

2022/190

**FDL Harlfinger-Düpow** stellt die Einführung eines Willkommenstickets für Geflüchtete vor.

Hierbei wurde im Kreisausschuss entschieden, dass ein Willkommensticket für alle Geflüchteten eingeführt werde, welches 10 Freifahrten im ÖPNV beinhaltet.

**KTA Carmienieke** fragt nach, ob das Ticket erst nach Ablauf des 9 Euro Tickets gelte.

**FDL Harlfinger-Düpow** antwortet, dass dies parallel laufe und eine dauerhafte Sache sei.

**KTA Carmienieke** erwidert, dass er gehört habe, dass viele Ukrainer:innen das 9 Euro Ticket nutzen würden.

**FDL Harlfinger-Düpow** bestätigt dies.

**Vorsitzende Wiehler** weist auf das Problem der Abholung der Tickets in Lüchow hin.

**FDL Harlfinger-Düpow** erläutert, dass Kontakt zu den Samtgemeinden bestehe, um gegebenenfalls eine Abholung dort zu ermöglichen.

Kenntnis genommen

#### 14.6. Einführung des deutschlandweiten 9-Euro-Tickets für drei Monate (mündlicher Bericht)

**FDL Harlfinger-Düpow** berichtet zur Einführung des deutschlandweiten 9-Euro-Tickets für drei Monate. Die Mindereinnahmen würden für den Landkreis hier im Vergleich zum Jahr 2019 ausgeglichen, zudem können Kosten für den Vertrieb eingefordert werden. Kritisch zu sehen ist, dass die Mehrkosten für den Rufbusbetrieb nicht aufgefangen würden.

Das 9-Euro-Ticket würde im Landkreis sehr gut angenommen, was vor allem in der Mobilitätsagentur am Busbahnhof zu spüren sei. Die Besucherzahlen seien auf teilweise 50 am Tag angestiegen.

**KTA Zieger** merkt an, zu den Sommerferien eine Pressemitteilung zu veröffentlichen. Mit der Info dass das Ticket in der Mobilitätsagentur erworben werden kann, da dies für viele nicht bekannt sei.

**KTA Carmienieke** weist darauf hin, auch hier einen dezentralen Verkauf über die Samtgemeinden zu prüfen.

**FDL Harlfinger-Düpow** erwidert, dass die Tickets ebenfalls direkt im Bus erworben werden könnten.

**Vorsitzende Wiehler** äußert, dass der Kauf psychologisch gesehen in einer Institution in den Samtgemeinden direkt nicht das Gleiche wie im Bus sei. Hier würden die Bürger:innen eher dazu geneigt sein, eventuell direkt für alle drei Monate das Ticket zu erwerben.

**FDL Harlfinger-Düpow** weist auf das Problem der Ticketdrucker hin, welche nicht für alle Samtgemeinden zur Verfügung gestellt werden könnten. Die Ticketdrucker seien aber notwendig, um den Verkauf und die Abrechnung abzuwickeln.

**KTA Hensel** äußert, dass es für den Landkreis ein Versuchsprojekt sei, um zu sehen, wie viele Menschen mit wenig Einkommen den ÖPNV mit diesem preisgünstigen Angebot nutzen. Der Kauf in den Bussen und der Mobilitätsagentur solle weiter kommuniziert werden.

**Vorsitzende Wiehler** merkt an, dass das Projekt wichtig sei für die spätere Entwicklung des ÖPNV. Es gäbe hier zum einen das Preiskriterium und zum anderen das Angebotskriterium, welches eine Rolle für die Nutzung spiele.

**KTA Tzscheutschler** gibt den Hinweis, dass das 9-Euro-Ticket gerade auch für die Jugendlichen eine tolle Sache sei, die damit mobiler im Landkreis seien. Deshalb sei eine Anpassung der Fahrpläne dringend notwendig.

**FDL Harlfinger-Düpow** erwidert hierzu, dass die Einführung des Schüler- und Azubitickets aufgrund des 9-Euro-Tickets nach hinten verschoben worden sei. Auch die geplante Einführung des Schülerferientickets für diesen Sommer sei daher nicht erfolgt.

**Beratendes Mitglied Ließ** weist darauf hin, dass es bei der Fahrradmitnahme bei erixx und metronom teilweise Einschränkungen gäbe. So würde bei erixx am Wochenende keine Fahrradmitnahme mehr möglich sein. Diese Information solle durch die Mobilitätsagentur weitergegeben werden.

**KBDin Stellmann** erwidert zum Thema Pressemitteilungen, dass Frau Raeder (anwesend) von der Pressestelle des Landkreises hierfür zur Verfügung stünde und Anmerkungen entgegennehme, um Themen im Nachgang entsprechend aufzubereiten.

**KTA Hensel** weist erneut auf die notwendige Prüfung der Fahrradmitnahme in den Bussen hin, die teilweise aufgrund der hohen Auslastung nicht möglich sei. Dies solle durch die Mobilitätsagentur entsprechend kommuniziert werden.

Kenntnis genommen

<b>14.7. Erstellung eines Gutachtens zur Integration des Landkreises Lüchow-Dannenberg in den HVV-Tarif</b>	2022/176
---	----------

**FDL Harlfinger-Düpow** stellt den Sachverhalt zur Erstellung eines Gutachtens zur Integration des Landkreises Lüchow-Dannenberg in den HVV-Tarif gemäß Vorlage vor. Hierbei sei die Teilintegration eine gute Lösung, da bei der Vollintegration kein Spielraum mehr für Tarifierpassungen nach eigenen Vorstellungen für den Landkreis sei. Momentan gäbe es jedoch einen Stillstand zu der Erstellung des Gutachtens seitens des HVV.

**KTA Carmienieke** äußert sich positiv zur Teilintegration, da ansonsten die finanzielle Belastung steigen würde und Abgaben in den HVV steigen würden. Er merkt an, dass die Strecke von Dannenberg nach Lüchow sinnvoll für die Integration in den HVV wäre, da viele Menschen mit dem Zug in Dannenberg ankämen. Er fragt, warum dies momentan nicht berücksichtigt wurde.

**FDL Harlfinger-Düpow** antwortet, dass dies bis jetzt nicht berücksichtigt wurde, jedoch mit aufgenommen werden könne.

**Beratendes Mitglied Ließ** fragt, ob Schnega Bahnhof schon Mitglied im HVV sei.

**FDL Harlfinger-Düpow** erwidert, dass es zunächst nur um den Busverkehr ginge.

**KTA Hensel** antwortet zur Anfrage von Herrn Ließ, dass dies nicht der Fall sei. Zudem sei die Fahrt von Hamburg nach Schnega auch mit dem HVV recht teuer. Er weist zudem darauf hin, dass die Integration in den HVV nicht überbewertet werden solle, da aufgrund des Erfolgs des 9-Euro-Tickets eine attraktive, flächendeckende Lösung durch das Land für die Zeit danach sehr wahrscheinlich sei.

Kenntnis genommen

<b>14.8. Überörtliche Prüfung durch den Landesrechnungshof gem. §§ 1 bis 4 NKPG; Mobilität im ländlichen Raum - Flexible Bedienformen im ÖPNV</b>	2022/244
---	----------

**FDL Harlfinger-Düpow** stellt die Überörtliche Prüfung durch den Landesrechnungshof zu flexiblen Bedienformen im ÖPNV gemäß Vorlage vor.

Kenntnis genommen

<b>14.9. Einführung eines Radleasings für tariflich Beschäftigte des Landkreises Lüchow-Dannenberg</b>	2022/243
--	----------

**SL Dittmer** stellt die Einführung eines Radleasings für tariflich Beschäftigte des Landkreises Lüchow-Dannenberg gemäß Vorlage vor.

**KTA Zieker** fragt, ob das Angebot nicht auch erweitert werden könne für Studierende und Auszubildende.

**SL Dittmer** antwortet, dass es an dem Tarifvertrag liege, bei dem Studierende und Auszubildende ausgeschlossen würden. Mit einer hohen Nachfrage sei zu rechnen.

Kenntnis genommen

#### 14.10. Ergebnisse des Stadtradelns 2022 (mündlicher Bericht)

**SL Dittmer** stellt die vorläufigen Ergebnisse des diesjährigen Stadtradelns vor. Hier sei bezeichnend, dass das Projekt vor allem an den Schulen gut funktioniere und große Effekte erziele. Die Endzahlen werden per Pressemitteilung veröffentlicht.

Kenntnis genommen

#### 14.11. Mitteilung Auftragsvergabe Lieferung Bitumenemulsion

2022/218

**KBDin Stellmann** teilt die Auftragsvergabe zur Lieferung von Bitumenemulsion gemäß Vorlage mit.

Kenntnis genommen

#### 14.12. Anfrage der SPD-Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 01.06.2022: Auszahlung der Corona-Prämie an Beschäftigte der LSE

2022/246

**KBDin Stellmann** stellt kurz die Anfrage der SPD Fraktion zur Auszahlung der Corona-Prämie an Beschäftigte der LSE gemäß Vorlage vor.

Hierzu gibt es keine weiteren Anmerkungen.

Kenntnis genommen

Nichtöffentlicher Teil

#### 15. Eröffnung der nicht öffentlichen Sitzung

Die nicht öffentliche Sitzung entfällt.

**Ausschussvorsitzende Julie Wiehler schließt die Sitzung um 17:52 Uhr.**

gez. Wiehler

\_\_\_\_\_  
Vorsitzende

gez. Weidner

\_\_\_\_\_  
Protokollführung